



NIEDERSCHRIFT

über die 16. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 01.03.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 21:13



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Gerhard Mosebach

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter



Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

UBFL

Bertram Marquardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch



Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Roland Schneider	(Stadtbauamt)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Klaus Kißel	(Ortsvorsteher Arzheim)
Rolf Kost	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Dorothea Müller	(stellvtr. Ortsvorsteherin Mörzheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Michael Schreiner	(Ortsvorsteher Godramstein)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Dr. Andreas Hülsenbeck



FWG

Hans Volkhardt

AfD

Jürgen Sauer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende wies auf den Ergänzungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FWG vom 27. Februar 2016 zur Initiative „Landau baut Zukunft“ hin, der als Tischvorlage verteilt sei. Dieser Antrag solle als Tagesordnungspunkt 3.1 in dem gesamten Themenkomplex mitberaten werden.

Weiter bat der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 13 der nichtöffentlichen Sitzung auf Tagesordnungspunkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung vorzuziehen.

Der Stadtrat stimmte der Änderung und Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erinnerte an den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 14. April 2015 zu einer Wohnungsbaugesellschaft, der noch nicht abschließend behandelt sei. Diesen bitte Sie ebenfalls auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es die UBFL-Stadtratsfraktion nicht mehr gebe. Insofern sei dieser Antrag obsolet. Zudem sei der Antrag in den Haushaltsberatungen besprochen worden mit dem Ergebnis, dass er nicht umsetzbar sei.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Wohnungsmarktanalyse und Wohnraumversorgungskonzept für Landau in der Pfalz
Vorlage: 600/081/2016
3. Initiative Landau baut Zukunft
Vorlage: 600/082/2016
- 3.1. Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD und FWG; Ergänzungsantrag Initiative "Landau baut Zukunft"
Vorlage: 101/317/2016
4. Initiative Landau baut Zukunft - Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft und Vorbereitung einer Baulandentwicklungsgesellschaft
Vorlage: 200/219/2016
5. Initiative Landau baut Zukunft -
Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 i. v. m. §§ 137 – 141 Baugesetzbuch (BauGB) für zwei Bereiche im Westen der Kernstadt Landau
Vorlage: 610/405/2016
6. Übergang vom Grenzüberschreitenden Örtlichen Zweckverband (GÖZ) Eurodistrict PAMINA zum Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Eurodistrict PAMINA
Vorlage: 100/186/2016
7. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Kreisfeuerwehrinspekteur Rudi Götz
Vorlage: 100/187/2016



8. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 240/044/2016
9. Änderung Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts“
Vorlage: 300/106/2016
10. Straßenreinigung „Wohnpark Am Ebenberg“
Vorlage: 300/107/2016
11. Maßnahmen zur Betreuung bzw. Heranführung von Flüchtlingen an den Arbeitsmarkt
Vorlage: 500/019/2016
12. Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte
Vorlage: 500/020/2016
13. Umgestaltung der Einmündung B 272/K 13/K 42 östlich Dammheim
Vorlage: 660/102/2016
14. Übertrag von Mittel des Wirtschaftsplanes 2015
Vorlage: 820/188/2016
15. Straßenreinigung „Wohnpark Am Ebenberg“
Vorlage: 860/292/2016
16. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Dumröse sprach das Synagogendenkmal an. Wann sei diese Maßnahme vorgesehen und wer sei in der Verwaltung für die Prüfung der Voraussetzungen zuständig.

Der Vorsitzende antwortete, dass die Aufwertung des Synagogendenkmals in diesem Jahr umgesetzt werde. Idealerweise sollte es bis zum 9. November abgeschlossen sein. Zuständig in der Verwaltung seien das Stadtbauamt und das Archiv.

Eine Bürgerin fragte nach dem Supermarkt in der Paul-von-Denis-Straße. Sie wollte wissen, ob dies noch aktuell sei und dabei auch an die Möglichkeit eines Bio-Supermarktes gedacht worden sei.

Der Vorsitzende erläuterte, dass die Verwaltung derzeit Ansiedlungsgespräche führe. Die Bandbreite sei dabei sehr groß.

Herr Dubronner wollte wissen, wie die Bürger zum aktuellen Thema Wohnungsbau informiert werden.

Der Vorsitzende betonte, dass man am Beginn des Verfahrens stehe. Im Rahmen dieses Prozesses werde es eine ganze Reihe von Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung geben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Wohnungsmarktanalyse und Wohnraumversorgungskonzept für Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Verwaltung habe bereits Ende 2014 das Institut InWis in Bochum mit der Erstellung dieser Wohnungsmarktanalyse beauftragt. Der Abschlussbericht liege mittlerweile vor mit durchaus überraschenden Erkenntnissen. Man werde in den nächsten Jahren vorwiegend Mietwohnungsbau brauchen. Dies sei keine Überraschung. Aber man werde auch in Zukunft noch Flächen brauchen für den Bau von Einfamilienhäusern, um Reihenhausbau möglich zu machen. Die eigentliche Überraschung sei, dass man von einem weitaus höheren Bedarf in den nächsten 15 Jahren ausgehen müsse als bisher gedacht. Dies bleibe aber eine Prognose, so dass alles immer wieder veränderbar sei. Man werde sehr schnell weitere Flächen auf den Wohnungsmarkt bringen müssen. Bei dieser Analyse seien beispielsweise die Flüchtlingszahlen noch nicht eingerechnet. Es gehe auch um die richtige Ausrichtung unserer Wohnungsbaupolitik. Deshalb müsse man auch auf das inhaltliche dieses Konzeptes schauen, vor allem auf die sozialen Aspekte. Da gehe es auch um barrierefreies Wohnen und um altersgerechtes Wohnen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass diese Analyse nachvollziehbar zu einigen Diskussionen geführt habe. Es sei viel an Emotion in diesem Thema. Daher sei es wichtig, hier eine Versachlichung anzustreben. Man habe einen ganz klaren Bedarf an Wohnraum. Es gelte hier eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Man wolle nicht dicht machen, sondern auch Menschen, die nach Landau ziehen wollen, Möglichkeiten des Bauens bieten. Es müsse aber sehr gründlich geprüft und sachlich abgewogen werden. Nach dem Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung gelte es zunächst die vorhandenen Potentiale zu nutzen. In diese Richtung gehe auch der heutige Antrag der Koalition.

Ratsmitglied Dr. Kopf hielt es für absolut vorausschauend, ein solches Konzept heute zu beschließen. Mit dem beauftragten Gutachten sei die Bevölkerungsentwicklung nach oben korrigiert. Dabei sei man aber nicht ganz frei, es müssten Ziele der Raumordnung beachtet werden. Die Stadt müsse daher in Gesprächen mit der SGD Süd bleiben. Landau müsse sich weiter entwickeln dürfen, was das originäre Recht einer Kommune sei. Es biete sich jetzt die Chance, günstigen Wohnraum für junge Familien zu schaffen. Man sei in der Metropolregion eine der „jungen Städte“. Dies zeuge von der Wirtschaftskraft aber auch der Vitalität Landaus. Dadurch habe man die Möglichkeit, nun sinnvoll und gesteuert Entwicklung zu ermöglichen.

Ratsmitglied Lichtenthäler war der Meinung, dass Schwarmintelligenz nützlich sein, aber auch in die Irre führen könne. Es gebe sicher gute und rationale Gründe nach Landau zu ziehen. Landau sei „In“. Wenn er höre, dass man wolle, dass Pendler auch in Landau bauen können, dass Studenten nach ihrem Studium hier bleiben, dass junge Familien Eigentum ermöglicht werden solle, dann habe er die Sorge, dass Bagger irgendwann vor der Kleinen Kalmit stehen. Was heute zur Abstimmung vorgelegt werde, sei ein zweimaliger Paradigmenwechsel. Den einen Paradigmenwechsel trage man gerne mit. Dass Landau eine Wohnungsbaugesellschaft brauche, wisse man nicht erst seit heute. Klar sei dabei, dass es ohne Kapital Dritter nicht gehen könne. Die Studie zeige sehr deutlich, dass man im Bereich des bezahlbaren Wohnraums ein echtes Problem habe.

Den zweiten Paradigmenwechsel, noch mehr Bauland im Außenbereich zu schaffen, werde man nicht mittragen. Es sei wohl sachlich nachvollziehbar, dass man eine große Fläche erkundet, damit am Ende ausreichend Flächen übrig bleiben. Man setze aber damit ein Signal, denn Angebot schaffe Nachfrage. Letztlich werde das Schwarmverhalten in einer Prognose fortgeschrieben. So wie die Vorlage heute vorgelegt werde, finde sie nicht die Zustimmung der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion.

Ratsmitglied Freiermuth entgegnete zu den Ausführungen von Herrn Lichtenthäler, dass Paradigmenwechsel in der Tat ab und an vorkommen. Das Gutachten der Universität Bochum sei auch bei der FWG-Stadtratsfraktion nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Ohne Zweifel, Landau sei im Moment eine Stadt, die brummt. Ein Grund dafür sei sicherlich die Entwicklung in den



Gewerbegebieten D9 und D10. Dies bedeute Arbeitsplätze und in der Konsequenz, dass diese Menschen möglichst arbeitsnah wohnen wollen. Ein weiterer Grund für die Attraktivität sei, dass Landau eine hervorragende Schulstadt sei. In der Tat bestehe hier ein riesiger Bedarf an Wohnraumflächen. Man sei im Stadtrat in der Verantwortung, diese Fakten zu akzeptieren. Es mache in der Tat wirklich Sinn, sich Gedanken zu machen. Ob es umsetzbar sei, werde man sehen. Aber wir sollten uns auf den Weg machen.

Ratsmitglied Dr. Migl bezweifelte die Zahlen in der Wohnraumanalyse. Hier nur einen begrenzten Zeitraum anzuschauen, sei keine gute Vorgehensweise. Es werde hier nicht die Priorität auf den bezahlbaren Wohnraum gelegt. Gerade hier bestehe großer Nachholbedarf, so dass die vorgesehenen 10 bis 15 % zu wenig seien.

Es habe hier ein regelrechtes Hau-Ruck-Verfahren gegeben. Von einer Bürgerbeteiligung zu sprechen, sei geradezu lachhaft. Ein Zeitungsartikel sei keine Bürgerbeteiligung. Die Geschwindigkeit des geplanten Wachstums sei so nicht verkraftbar. Man sollte vorsichtig mit Flächen umgehen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne diese Baulandflächen an der Wollmesheimer Höhe ab, dies sei ein unverantwortlicher Flächenfraß. Warum sei es nicht möglich gewesen, den Sachverstand der Bürger einzubeziehen.

Ratsmitglied Marquardt erinnerte daran, dass das UBFL schon immer den Bedarf an preisgünstigem Wohnraum angemahnt habe. Erfreulich sei, dass jetzt eine Wohnraumanalyse vorliege; besser jetzt als nie. Er denke, dass dies eine gute Sache sei, bei der Umsetzung habe er aber große Bedenken. Denn wie sich Landau bis 2030 entwickeln werde, liege in den Sternen. Er werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja,- 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Das Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Landau in der Pfalz (Anlage) mit den aus der Wohnungsmarktanalyse von 2015 herausgearbeiteten Handlungsfeldern, wohnungspolitischen Zielen und Maßnahmenvorschlägen wird als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Initiative Landau baut Zukunft

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die vorliegende Beschlussvorlage sei weder ein Schnellschuss noch eine 1:1-Umsetzung. Es sei die Einleitung von Maßnahmen, quasi der Startschuss. Prognosen würden immer ein Stück weit Unsicherheiten beinhalten. Nichts was man heute vorschläge sei so, dass man nicht in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren noch darauf reagieren könne. Man brauche aber einen Anfangspunkt. Das hier vorgelegte Konzept sei eine Reaktion auf diese Prognose. Im Wesentlichen gehe es bei der Initiative „Landau baut Zukunft“ um sechs Bausteine. Als erstes gehe es um dieses Wohnraumversorgungskonzept und die daraus zu ziehenden Schlüsse. Zum zweiten wolle man sich nicht nur auf Landau beschränken, sondern beim landesweiten Bündnis für bezahlbaren Wohnraum mitarbeiten. Für die Ortsteile gebe es das Modellprojekt „Kommune der Zukunft“, der im Wesentlichen ein Moderationsprozess sei. Viertens gehe es um die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft mit einer hälftigen städtischen Beteiligung. Die andere Hälfte komme von stadtnahen Gesellschaften. Dieses Kapital werde es erst ermöglichen, auf dem Markt aktiv zu werden. Fünfter Punkt des Maßnahmenbündels sei die Forcierung der Vermarktung städtischer Flächen. Letztlich gehe es darum, weitere Siedlungsflächen auszuweisen. Man reagiere auf Erkenntnisse aus der Prognose und es gehe darum, Weichen zu stellen. Natürlich werde es im Laufe des Verfahrens Instrumente der Bürgerbeteiligung geben.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass diese Initiative „Landau baut Zukunft“ das dringend notwendige Gesamtkonzept sei, dass von vielen schon sehnsüchtig erwartet werde. Von den sechs genannten Punkten dürften die Punkte 2 bis 5 wohl unbestritten sein. Wenn man Erkenntnisse habe, dann brauche man auch ein Konzept. Dieses vorgestellte Konzept ermögliche eine schrittweise Umsetzung und eine jeweils zeitnahe Nachjustierung. Das Konzept gewährleiste auch die Sicherung von Siedlungsflächen. Es gehe heute in keinsten Weise um einen Beschluss über Bauflächen. Für die CDU-Stadtratsfraktion sei dies ein schlüssiges Grundkonzept, dass die Grundlage für die weitere Entwicklung sein könne. Man werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Kopf teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion mit großer Mehrheit zustimmen werde. Eine Wohnungsbaugesellschaft sei mit Erwartungen verbunden, die man hinterfragen müsse. Es sei der SPD immer wichtig gewesen, den vorhandenen Wohnungsbestand zu erhalten. Er warne davor, eine Wohnungsbaugesellschaft als Heilmittel zu sehen. Es müsse sauber analysiert werden, welche Rechtsform hier am besten sei. In seiner Fraktion gebe es Bedenken, ob eine nur hälftige städtische Beteiligung die Einflussnahme der Stadt beschränke. Diese Bedenken müsse man ernst nehmen und Lösungen suchen.

Er hätte sich gewünscht, dass es besser gelaufen wäre bei der Präsentation dieses Projektes. So hätte man für den sozialen Wohnungsbau auch gleich gezielt konkrete Flächen nennen können. Zu den Ortsteilen gebe es den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FWG, 500 Wohneinheiten in den Ortsteilen zu schaffen. Hierzu sollte man Flächenpotentiale in den Ortsteilen neu analysieren und bewerten. Dabei sei es wichtig, die Ortsteile, den Ortsvorsteher und den Ortsbeirat zu hören. Die Diskussion an sich sei wichtig und auch dazu da, zu diskutieren welche Akzente man setzen wolle. Im Rat habe man grundsätzlich eine große Übereinstimmung, die Stadt sinnvoll weiterzuentwickeln. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Braun beantrage eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte der Vorlage. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne den ersten Punkt der Vorlage ab. Man könne eine genügende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum in diesem Wohnraumversorgungskonzept nicht erkennen. Die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft unterstütze man ausdrücklich. Einer maßvollen weiteren Siedlungsentwicklung, auch unter sozialen Gesichtspunkten, würde man zustimmen.



Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass die FWG-Stadtratsfraktion einzelne Teile des Konzeptes kritisch sehe. Es gehe ihm teilweise zu schnell, auch wenn es dafür Gründe gebe. Er denke, es mache Sinn ein Konzept zu entwickeln. Vertretbare Mieten würden nun mal zwangsläufig zu Baugelände führen. Keiner wolle eine Zersiedelung der Landschaft. Man habe einen Riesendruck von Menschen, die hier wohnen wollen. Im Antrag der Koalition müsse man etwas modifizieren, dass 500 Wohneinheiten nicht gleichzeitig 500 Häuser seien.

Die FWG habe sich durchaus kritisch zu einer Wohnungsbaugesellschaft geäußert. Der Vorschlag, einer Wohnungsbaugesellschaft in Kombination aus Stadt und Privaten finde man gut. Man halte es für wichtig, auch die Bürger an einer solchen Wohnungsbaugesellschaft zu beteiligen. Ein umstrittener Punkt sei die Ausweisung von Siedlungsflächen. Natürlich sei eine Zersiedelung nicht wünschenswert, aber natürlich notwendig wenn man Bauflächen brauche. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft mit nur 50 % städtischer Beteiligung für sie eine Teilprivatisierung kommunalen Wohnungsbestandes sei. Man gebe kommunalen Einfluss auf. Sparkasse und Energie Südwest hätten keine sozialen Verpflichtungen, sondern würden unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln. Daher seien 50 % kommunale Beteiligung deutlich zu wenig. Das was heute vorgelegt werde, sei das Ergebnis einer verfehlten Politik. Priorität müsse sein, mehr sozialen Wohnraum zu schaffen.

Es dürfe nicht sein, den Winzern Weinbergsgelände wegzunehmen und in Existenzen einzugreifen. Man sollte sich um eine behutsame Entwicklung bemühen und nicht ein ungezügelt Wachstum betreiben. Aus diesen Gründen lehne die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion diese Vorlage ab.

Ratsmitglied Marquardt sah in der Vorlage durchaus positive Ansätze. Er könne trotzdem nicht zustimmen, da er eine nur 50%-Beteiligung der Stadt an einer Wohnungsbaugesellschaft für zu gering halte.

Ratsmitglied Hartmann bedauerte, dass der Antrag der Koalition ungewöhnlich kurz eingegangen sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden den Antrag ablehnen. Immer wieder habe die Koalition gegen eine Wohnungsbaugesellschaft gesprochen. Der Antrag der Koalition sei ein bemerkenswerter Paradigmenwechsel. Diese 20 % preiswerte Wohnungen, die die Wohnungsbaugesellschaft bauen solle, könne nicht der Endpunkt sein.

Der Vorsitzende machte nochmals deutlich, dass die Stadt eine Wohnungsbaugesellschaft aus eigener Kraft nicht schaffen werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja,- 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

aufbauend auf dem Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Landau die „Initiative Landau baut Zukunft“.

Schlüsselmaßnahmen dieser Initiative sind

- **der Beschluss der im Wohnraumversorgungskonzept herausgearbeiteten und auf der Baulandstrategie basierenden wohnungspolitischen Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB,**
- **die Mitarbeit im landesweiten „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen in Rheinland-Pfalz“,**
- **das Modellprojekt „Kommune der Zukunft“ als Moderationsprozess für die weitere Entwicklung der Ortsteile,**
- **die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft mit hälftiger städtischer Beteiligung,**



- **die Fortsetzung und Forcierung der Vermarktung von städtischen bzw. von der Stadt entwickelten Baugrundstücken auch nach sozialen Kriterien sowie**
- **die Sicherung und Entwicklung von weiteren Siedlungsflächen zur Deckung des mittelfristigen Wohnraumbedarfs bis 2030.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

**Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD und FWG; Ergänzungsantrag Initiative
"Landau baut Zukunft"**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD und FWG vom 27. Februar 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja,- 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Rat und Verwaltung verpflichten sich, im Rahmen der „Initiative Landau baut Zukunft“ bis zum Jahr 2030 in den Stadtteilen Baurecht für mindestens 500 Wohneinheiten zu schaffen. Die Verwaltung wird auf der Grundlage der jüngsten Erkenntnisse aus dem Wohnraumversorgungskonzept bis zur Jahresmitte entsprechende Flächenpotentiale prüfen und dem Rat vorstellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Initiative Landau baut Zukunft - Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft und Vorbereitung einer Baulandentwicklungsgesellschaft

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 10. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Die Beratung erfolgte zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja,- und 4 Nein-Stimmen:

- 1. den Grundsatzbeschluss zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft unter hälftiger städtischer Beteiligung. Hierzu beauftragt er die Verwaltung, die notwendigen Verhandlungen und Vorbereitungen zügig zu führen und abzuschließen.**
- 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung für die aktive Baulandentwicklung ergänzende Organisationsstrukturen mit dem Ziel zu prüfen, mittelfristig eine Baulandentwicklungsgesellschaft zu gründen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Initiative Landau baut Zukunft -

Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 i. v. m. §§ 137 – 141 Baugesetzbuch (BauGB) für zwei Bereiche im Westen der Kernstadt Landau

Die Ratsmitglieder Dirk Vögeli und Jochen Silbernagel waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Einig sei man sich in dem Wunsch nach einer behutsamen Entwicklung für Landau. Genau auf dieser Basis sei diese Sitzungsvorlage entstanden. Die richtigen Flächen für eine Siedlungsentwicklung könne man nur finden, wenn man eine möglichst große Fläche untersuche. Es gehe heute in keinster Weise darum, festzulegen, ob und wo im Bereich dieses Gebietes gebaut werde. Es gehe nur darum, einen Untersuchungshorizont zu definieren für eine zukünftige bauliche Entwicklung. Der Verwaltung sei bewusst, dass in diesem Bereich wertvolles Weinbergsgelände liege. Man sei sich bewusst, dass es dort ökologische Probleme geben werde und man sei sich auch bewusst, dass es Verkehrsprobleme geben könne. Genau deswegen brauche man diesen großen Flächenhorizont. Natürlich nehme man auch die kritischen Bedenken der Ortsbeiräte Arzheim und Wollmesheim wahr. Alle Bedenken und möglichen Probleme seien Gegenstand der beginnenden Untersuchung. Es gehe weder um Gigantomanie noch sei es ein Schuss aus der Hüfte. Zunächst werde man so schnell als möglich, die Flächen an den Markt bringen, die man noch habe. Wenn diese Flächen in 5 Jahren aufgebraucht seien, stehe man vor der Frage: Wollen wir weiter wachsen oder wollen wir nicht mehr wachsen? Man brauche heute den Startschuss für diese Untersuchung und bitte daher um Zustimmung des Rates. Mit diesem Beschluss wolle man heute die untersuchende Grundlage schaffen. Alles was man heute beschließe, sei reversibel und könne jederzeit auf die aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

Ratsmitglied Lerch sah in dieser Vorlage den logischen Schlusspunkt der Wohnraumanalyse. Diese Analyse bedürfe konkreter Umsetzungsschritte. Neben den Stadtdörfern und der Innenstadt brauche man auch potenzielle Flächen an der Peripherie von Landau. Bestimmte Flächen dann in den Fokus zu nehmen, sei kein Schnellschuss, sondern ein Sicherheitsbeschluss. Um nicht mehr oder weniger gehe es heute. Es gehe um eine vernünftige, sachgerechte und abgewogene Überprüfung. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich der Grundtendenz zustimmen werde. Er bitte, bei Punkt 1 die Ziffern a) und b) getrennt abzustimmen. Diese Untersuchung nach § 165 BauGB sei die sinnvolle Ergänzung der Baulandstrategie. Neben Innenentwicklungspotentialen habe man sich auch Außenentwicklungspotentiale in den Ortsteilen angeschaut. Ziel sei es, dort jungen Familien Baumöglichkeiten zu geben. Baurecht sollte es nur dort geben, wo auch Bauwilligkeit bestehe. Das Wichtigste sei, dass wir als Stadt das Heft des Handelns in der Hand behalten. Dies sei durch einen Kommunalen Zwischenerwerb der Grundstücke möglich. Hinsichtlich der Flächen, die untersucht werden sollen, sei sich die SPD-Stadtratsfraktion nicht einig. Ein Teil der Fraktion werde die Ziffer a) ablehnen. Es wäre besser gewesen, von Weinbergsflächen komplett die Finger zu lassen. Von der Tendenz her sei die SPD-Stadtratsfraktion einer Meinung mit der Verwaltung.

Ratsmitglied Braun lehnte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage ab. Für Sie sei das reine Gigantomanie, es sei eine Riesensfläche die hier ausgewiesen werden solle. Das Ganze sei ein Rückfall in die siebziger Jahre mit einem ungezügelter Flächenverbrauch. In den nächsten Jahren brauche man mehr bezahlbaren Wohnraum, dies zeige die Studie durchaus. Gleichzeitig aber würden sämtliche Statistiken zeigen, dass es ab 2030 wieder einen Bevölkerungsschwund geben werde. Deshalb sei schon die Frage, ob man denn immer weiter wachsen müsse.



Der Vorsitzende stellte klar, dass es heute nicht um die Ausweisung von Bauflächen gehe, sondern lediglich um Untersuchungsflächen. Bei dieser Untersuchung müssten alle Interessen untersucht werden, es gebe keinerlei Vorprägung.

Ratsmitglied Braun entgegnete, dass die Untersuchung und Prüfung eines kleineren Gebietes besser und günstiger wäre.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass sich die FWG-Stadtratsfraktion schwer getan habe mit der Vorlage. Das Problem sei das gigantische Gebiet, bei dem ein Riesenweinbergsgelände wegfallen würde. Aber es sei ja nur eine vorbereitende Untersuchung, sonst nichts. Die FWG-Stadtratsfraktion werde nicht einheitlich abstimmen. Das Untersuchungsgebiet sei eine Riesenfläche. Er könne sich nicht vorstellen, dass dies alles bebaut werde. Eine Arrondierung hinter dem Lazarettgarten bis hinunter zum Ebenberg hielte er für sinnvoller. Dort seien riesige Ackerflächen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass die Kosten für dieses Projekt überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen seien. Es gebe ja schon Rückzugsgefechte, dann sollte man das auch ehrlich sagen. Dagegen gebe man Geld für etwas aus, dass man nie umsetzen könne und werde. Das Ganze sei eine verantwortungslose und unsinnige Sache.

Der Vorsitzende betonte, dass es noch viele Gespräche geben werde.

Ratsmitglied Dürphold begründete seine Ablehnung der Vorlage. Er wehre sich vehement gegen die Untersuchung von Weinbergsgelände. Diese würden definitiv nie bebaut werden, also könne man sich dieses Geld sparen. Er bitte nochmals nachdrücklich, die vorgesehenen Flächen einzeln abzustimmen.

Ratsmitglied Klein wies darauf hin, dass allein die Gemarkung Wollmesheim mit 95 Hektar betroffen sei. 4 Winzerfamilien würden ihre Existenzgrundlagen verlieren. Die Winzer seien geschockt über die Veröffentlichung dieser Pläne, ohne deren Meinung einzuholen. Es sei die Frage, ob dieses Gelände gut ist. Sie könne dieser Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Der Vorsitzende machte nochmals deutlich, dass es eine Untersuchung sei und keine Festlegung auf Bauflächen.

Ratsmitglied Schowalter betonte, dass er prinzipiell nichts gegen Wachstum habe. Ihm stelle sich die Frage was diese Prüfung koste.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Kosten noch nicht beziffert werden könnten. Die Weinbergflächen würden vorrangig als erstes untersucht. Man brauche aber insgesamt den Flächenzugriff um Bodenspekulationen zu verhindern.

Ratsmitglied Hartmann wollte wissen, warum nur an dieser Stelle untersucht werde und nicht auch in anderen Bereichen der Stadt.

Ratsmitglied Lerch hatte Verständnis für die emotionale Diskussion, die hier geführt werde. Er bitte aber darum, nicht ein Ergebnis vorwegzunehmen. Für objektive Ergebnisse dürfe man keinen Flickenteppich machen. Diese ganzen heutigen Diskussionen müsse man führen, wenn es um die Ausweisung von Bauland gehe.

Ratsmitglied Schwarzmüller tat sich schwer damit, über etwas abzustimmen, von dem sie nicht wisse was es kostet.

Der Vorsitzende unterstrich, dass man einiges der Überprüfungen mit Bordmitteln machen werde. Für weitere Mittel werde man natürlich mit der Aufsichtsbehörde sprechen. Um über das Abstimmungsprozedere Klarheit zu bekommen, schlage er eine Sitzungsunterbrechung vor.



Der Stadtrat stimmte der Sitzungsunterbrechung zu.

Der Vorsitzende unterbrach um 19.10 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende eröffnete um 19.25 Uhr wieder die unterbrochene Sitzung.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass er über die Gesamtvorlage abstimmen lassen werde. Die ersten Prüfungen könne man mit Bordmitteln durchführen. Das erste Augenmerk bei der Prüfung werde auf den Winzerflächen liegen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 23 Ja- und 17 Nein-Stimmen:

1. **die Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 i. v. m. §§ 137 – 141 BauGB für die in der Anlage 1 gekennzeichneten, insgesamt circa 100 Hektar großen Untersuchungsgebiete**
 - a. „Westlich Hagenauer Straße / Kolmarer Straße“ (Westlich der Wollmesheimer Höhe in Verlängerung der Hagenauer Straße und der Kolmarer Straße, nördlich der Wollmesheimer Straße), 22 Hektar, und
 - b. „Südlich Wollmesheimer Straße“ (Südlich der Wollmesheimer Straße, nördlich des Birnbachs, westlich der Lazarettstraße und Raimund-Huber-Straße), 78 Hektar.
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 i. V. m. § 141 Abs. 3 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und dabei auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Karte der Baulandpotenziale inkl. der künftigen Flächenprioritäten in der Kernstadt und in den einzelnen Stadtdörfern zeitnah fortzuschreiben und den städtischen Gremien zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Übergang vom Grenzüberschreitenden Örtlichen Zweckverband (GÖZ) Eurodistrict PAMINA zum Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Eurodistrict PAMINA

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 3. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1.
 - a) den grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverband „Eurodistrict PAMINA“ aufzulösen
 - b) dem grenzüberschreitenden Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Eurodistrict PAMINA“ beizutreten,
 - c) die Satzung des europäischen Verbundes anzunehmen,
 - d) den Oberbürgermeister Thomas Hirsch zu ermächtigen, die Übereinkunft zur Gründung des europäischen Verbundes zu unterzeichnen.
2. In die Versammlung des europäischen Verbundes werden der Oberbürgermeister Thomas Hirsch und das Ratsmitglied Dr. Andreas Hülsenbeck gewählt (siehe Artikel 9 Abs. 2 der Satzung).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Kreisfeuerwehrinspekteur Rudi Götz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Rudi Götz, Burgenring 63, 76855 Annweiler in Anerkennung seiner Verdienste um die interkommunale Zusammenarbeit der Feuerwehren des Landkreises und der Stadt die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 12. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Änderung Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 13. Januar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den beigefügten Entwurf zur Änderung der Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts“ (EWL).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Straßenreinigung "Wohnpark Am Ebenberg"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 18. Januar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den beigelegten Entwurf zur Änderung der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen“ (Straßenreinigungssatzung)



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Maßnahmen zur Betreuung bzw. Heranführung von Flüchtlingen an den Arbeitsmarkt

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 24. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Immer wieder habe man diskutiert, ob es nicht die Möglichkeit gebe, Flüchtlingen ohne geklärten Bleibestatus eine Beschäftigung zu ermöglichen. Zusammen mit freien Bildungsträgern wolle man ein Pilotprojekt für 30 Flüchtlinge starten. Hierfür brauche man zusätzliche Mittel. Diese Maßnahme diene der Integration, insofern sei das Geld gut angelegt.

Ratsmitglied Dr. Bals begrüßte diese Vorlage und die aufgezeigte Herangehensweise. Flüchtlinge würden sich durch die Eingliederung in den Arbeitsprozess wertiger fühlen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Schwarzmüller hielt eine solche Maßnahme auch für die Flüchtlinge sinnvoll, die bereits beim Jobcenter seien. Es stelle sich auch die Frage, ob dies ein nachhaltiges Projekt sei oder nach den 3 Monaten ende. Wichtig sei auch, dass die Flüchtlinge sich zu Sprachkursen melden.

Der Vorsitzende unterstrich, dass das Projekt natürlich nachhaltig angelegt sei. Man wolle es gerne länger weiterführen. Die in der Vorlage genannten Kosten seien die reinen Betreuungskosten. Für die Flüchtlinge, die bereits beim Jobcenter seien, gebe es den Beschäftigungspilot.

Ratsmitglied Follenius-Büssow erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion Ja dazu sage, dass das ehrenamtliche Engagement professionell unterstützt werde. Arbeit sei das wichtigste Mittel zur Integration von Menschen in die Gesellschaft. Es sei unsere Pflicht, Menschen zu versorgen die keine Möglichkeit hätten sich selbst zu versorgen. Die Leistungen, die die Flüchtlinge erhalten, sollen das Existenzminimum sichern. Von daher sollte man hier nicht mit Leistungskürzungen drohen. Es gäbe noch viele weitere Projekte. Hier fände sie es gut, wenn der Stadtrat informiert würde, welche Projekte in Landau bereits laufen.

Ratsmitglied Freiermuth sah in der Vorlage eine gute Möglichkeit der Integration von Flüchtlingen. Warum aber lasse man den Bauhof außen vor?

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies auch haftungsrechtliche Gründe habe.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ebenfalls zustimmen werde. Wenn es erfolgreich sei, sollte es in jedem Fall lückenlos weitergehen und keine Unterbrechung geben.

Der Vorsitzende betonte, dass es natürlich weitergehen solle. Genau könne er das aber noch nicht zusagen, da er nicht wisse wie es sich entwickle. In der Flüchtlingssituation fahre man auf Sicht. Man habe vor, es weiterzuführen.

Ratsmitglied Tas bemängelte, dass diese Vorlage sehr kurzfristig eingegangen sei. Man hätte diese Vorlage auch mit dem Beirat für Migration und Integration abstimmen sollen. Er werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

Für die Durchführung eines Pilotprojektes für die Betreuung bzw. Heranführung von Flüchtlingen an den Arbeitsmarkt werden bei Produkt/Konto 31301.5292 überplanmäßige Mittel in von 28.000,00 € bereitgestellt. Auf die Ausschreibung der Maßnahme wird verzichtet.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 24. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man wolle gerne das Angebot des Bundes nutzen, eine für uns kostenlose Bildungskordinatorin oder einen Bildungskordinator zu gewinnen.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Meinung, dass der Bedarf eigentlich an ganz anderer Stelle nötig wäre. Aber grundsätzlich dagegen sei sie natürlich nicht.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass Koordination auf jeden Fall Sinn mache. Insofern mache auch diese Vorlage Sinn.

Ratsmitglied Follenius-Büssow war der Auffassung, dass es hier letztlich darauf ankomme, was man daraus mache.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt einen Antrag auf Förderung einer kommunalen Bildungskordinatorin bzw. eines Bildungskordinators nach der Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 14. Januar 2016 zu stellen.**
- 2. Für den Fall einer positiven Entscheidung über den Förderantrag stimmt der Stadtrat im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt der Schaffung einer zusätzlichen Stelle beim Sozialamt im Bereich der Integrationsbeauftragten zu. Die Stelle wird auf die Dauer der Förderung (zunächst 2 Jahre) befristet.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Umgestaltung der Einmündung B 272/K 13/K 42 östlich Dammheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. Januar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier stellte fest, dass dies jetzt schon eine problematische Stelle sei. Der Verkehr werde auch eher noch zunehmen. Es dürfe für Dammheim keine Verschlechterung geben. Die hier vorliegende Lösung sei von den Bürgern vorgeschlagen worden. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat befürwortet aus verkehrlicher Sicht die Umgestaltung der Einmündung B 272/K 13/K 42 nach Variante H.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Übertrag von Mittel des Wirtschaftsplanes 2015

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 3. Februar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Wagner wollte wissen, ob aus Mitteln für die Flüchtlingsunterkunft auch der Vorplatz des Freibades gemacht werde.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies so nicht richtig sei. Der Platz sei durch die Anlieferung der Container zerstört worden und werde nun ordentlich wieder hergerichtet.

Ratsmitglied Marquardt teilte mit, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde, da er gegen die Flüchtlingsunterkunft an dieser Stelle sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

die Übertragung von Mitteln des Wirtschaftsplanes 2015 für die Investitionsmaßnahme Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft am Priebnitzweg in Höhe von 175.000 EURO.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Straßenreinigung "Wohnpark Am Ebenberg"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 14. Januar 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten Entwurf zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte über die Bombenentschärfung am 3. März 2016. Er wies weiter auf die Umfrage „Stadt als Marke“ hin.

Ratsmitglied Eichhorn war der Meinung, dass der Aktionstag „Sauberes Landau“ am 15. April absolut zu spät sei.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass man einen Termin vor den Osterferien leider nicht mehr hinbekommen habe.



Die Niederschrift über die 16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 01.03.2016 umfasst 34 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 435.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter